



JK Projektion des 20. Deutschen Bundestags

Der Bundestag – groß wie nie

Stand: 23. August 2021

Es ist Bewegung in den Wahlkampf gekommen – und in die Demoskopie. Fast täglich wird eine neue Wahlumfrage veröffentlicht, die Institute überschlagen sich mit Vorhersagen. Eine gewisse Tendenz ist erkennbar: Die SPD stabilisiert sich wohl als zweite Kraft und die Grünen reihen sich auf einem sehr hohen Niveau auf Platz drei ein. Aber schon die Frage, wie groß die Abstände zwischen den Parteien sind, wird uneinheitlich beantwortet. Die Frage, was das für den Deutschen Bundestag, die Sitzverteilung und die Zusammensetzung der Fraktionen zur Folge hat, wird bislang aber kaum gestellt. Wir haben diesen Schritt gewagt. Noch bis Anfang August schien das ein einfaches Unterfangen, im Durchschnitt waren die Umfrageinstitute sehr stabil in ihren Vorhersagen. Das ist seit knapp zwei Wochen anders.

Unser Ergebnis ist darum „nur“ eine Trendprognose - keine Gewissheit. Methodisch haben wir dafür drei Datenquellen genutzt. Erstens hat die Agentur für Meinungsforschung pollytix einen ständig aktuellen Index mit einer Wahlprognose, in den alle aktuellen Umfragen gewichtet einfließen und so zu einem Mittelwert zusammengezogen werden. Dieser Index zeigt eine deutlich stabilere, weniger volatile Entwicklung über die vergangenen Wochen als die einzelnen Umfrageinstitute. Auch hier ist die generelle Entwicklung (Union verliert Boden, SPD geht Richtung Platz 2) zu sehen. Aktuell weist pollytix die Union bei 25,0 % deutlich schwächer als noch vor 14 Tagen aus. SPD und Grüne liegen faktisch gleich auf (18,5 % bzw. 18,7 %), was insbesondere die SPD deutlich verbessert zeigt.

Diese Wahlprognose ist für uns die Grundlage, um daraus die Größe des Bundestags zu ermitteln. Mittels einer mittleren Abweichung letztmaliger Wahlergebnisse leiten wir dann für jedes Bundesland eigene Prognose-Ergebnisse ab, denn am Ende sind diese relevant für die Zahl der Landeslistenplätze, die auf jedes Bundesland, aber auch auf die jeweiligen Parteien entfallen.

Zweitens verwenden wir die Analysen von Wahlkreisprognose.de und Election.de hinsichtlich der Verteilung der Direktwahlkreise. Diese verwenden sehr unterschiedliche Methoden. Während Wahlkreisprognose.de mit einem Befragungspanel arbeitet, besitzt election.de einen eigenen Algorithmus basierend auf Umfragedaten. In 250 der 299 Wahlkreise kommen beide Ansätze zum gleichen Ergebnis, insgesamt 209 Wahlkreise weisen dabei einen deutlichen oder sehr deutlichen Wahlausgang auf. Damit können diese Wahlkreise als entschieden betrachtet werden – sofern es nicht noch zu einem massiven Swing in den Umfragen kommt. Von diesen Wahlkreisen entfallen 124 Wahlkreise auf CDU, 39 auf die CSU, 39 auf die SPD, 4 auf Grüne, 2 auf die Linkspartei und einer auf die AfD. Es verbleiben 90 Wahlkreise mit einem knappen Ausgang. Davon werden etwa 50 von den beiden Plattformen unterschiedlich vorhergesagt, in diesen Wahlkreisen haben wir uns daher die lokale Ausgangslage angesehen und ein spezifisches Wahlkreisergebnis ermittelt.

Doch damit nicht genug: Ausgehend von diesen Zweit- und Erststimmenprognosen haben wir dann die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages errechnet. Da die vom Bundestag verabschiedete Wahlrechtsreform äußerst kompliziert ist, muss dabei in einem mehrstufigen Verfahren die Zahl und die Verteilung der Sitze ermittelt werden. Das von der Bertelsmann-Stiftung gezeichnete Horrorszenerario eines Mega-Parlaments von über 800, möglicherweise sogar fast 1.000 Abgeordneten lässt sich nach unseren Berechnungen nicht bestätigen.



Wir planen bis zum Wahltag noch zwei Updates dieser Projektion, an deren Ende nicht nur eine exakte Zahl von Abgeordneten steht, sondern auch konkret die Mitglieder des Bundestags prognostiziert werden. Dennoch muss man sagen, dass hier schon geringe Abweichungen starke Veränderungen zur Folge haben. Die 0,8 Prozentpunkte, die die Union in der Ende Juli in den Umfragen im Schnitt verloren hat, vergrößern den Bundestag um 20 Abgeordnete. Auch ist nicht jede Veränderung auf den ersten Blick logisch: Gewinnt beispielsweise die SPD ein Direktmandat hinzu, kann das im Ergebnis zu einem kleineren Bundestag, statt zu einer größeren SPD-Fraktion führen.

Ergebnisse: Der 20. Bundestag wird größer denn – und ein bisschen jünger und weiblicher

Der neue Bundestag wird mit 769 Abgeordneten nochmals 60 Mandate mehr umfassen als der aktuelle Bundestag, der bereits eine Rekordgröße hatte. Die Größe des Bundestags wird in unterschiedlichen Szenarien erkennbar v.a. durch einen Faktor bestimmt: Die Union kann mit einem relativ schlechten Wahlergebnis (bei Schwankungen zwischen 25 und 30%) relativ viele Wahlkreise direkt gewinnen (2/3 bis 3/4 aller Direktmandate), weil die beiden Verfolgerparteien (SPD und Grüne) gleich groß sind und sich vielfach im Wettlauf mit der Union vor Ort neutralisieren. Dies führt zu einem Erdbeben der Überhangmandate. Aber selbst unter der Annahme, die Union gewinne fast alle knappen Wahlkreisrennen sehen wir einen Bundestag von maximal 801 Abgeordneten. Wir gehen allerdings davon aus, dass die aktuellen Entwicklungen dazu führen werden, dass in den Wahlkreisen, die zwischen CDU und SPD knapp sind, die Chancen der SPD-KandidatInnen aktuell steigen.

Im Übrigen zeigt eine Vergleichsrechnung, dass die erst vor Kurzem verabschiedete Wahlrechtsreform durchaus Wirkung zeigt. Das alte Wahlrecht hätte einen mit 794 Abgeordneten noch um 25 Sitze größeren Bundestag zur Folge. Die neue Berechnungsmethode erlaubt die Verrechnung unterschiedlicher Überhangmandate zwischen den einzelnen Landeslisten – das führt letztlich dazu, dass der Bundestag „nur“ um 60 Sitze wächst. Die neue Methode lässt aber auch eine geringe Disproportionalität der Sitze zu. Davon wird mit Sicherheit die Union profitieren, und zwar im Umfang von drei Sitzen, die CDU und CSU mehr erhalten, als ihnen bei rein proportionaler Sitzverteilung zufallen.

Der neue Bundestag wird jünger als der vorherige (mit 47,5 Jahren rund anderthalb Lebensjahre weniger als vor vier Jahren). Mit 43,2 Jahren ist vor allem die Fraktion der Grünen deutlich jünger und die der AfD mit 51,5 Jahren deutlich älter als der Durchschnitt. Mit einem Frauenanteil von 34,5 % steigert sich der Anteil Frauen um knapp 4 % gegenüber dem aktuellen Bundestag, bleibt aber ebenso hinter dem Wert des 18. Bundestags (37,3 %) zurück. Grüne (57,7 %), Linke (53,4 %) und SPD (41 %) liegen dabei deutlich über dem Durchschnitt, während FDP (24,8 %), CDU/CSU (21,2 %) und insbesondere die AfD mit 11,6 % deutlich unterdurchschnittlich abschneiden. Ein interessanter Fakt: Während es rund 145 Abgeordnete geben wird, die ein Mandat aufgrund ostdeutscher WählerInnenstimmen gewinnen werden, besitzen nur 130 Abgeordnete eine ostdeutsche Biografie. Die ostdeutsche Unterrepräsentanz findet also auch im Bundestag ihre Fortsetzung. Selbst in der Fraktion der Linkspartei stellen die Ostdeutschen nur 45% der Abgeordneten.

264 Abgeordnete werden neu in den Bundestag kommen. Dabei fällt die Fraktion der Grünen besonders auf. Mit rund 58 % neuen Abgeordneten wird die Mehrheit der Fraktion keine Bundestagserfahrung besitzen. Die Union weist eine personelle Konstanz von rund 78% auf, während der Anteil neuer Abgeordneter bei SPD und FDP stark von der Fraktionsgröße abhängt. Bei der FDP gilt: Bei gleichbleibender Größe der Fraktion zeigen sich kaum personelle Veränderungen. Bei der



SPD sind viele MdB erst wieder dabei, wenn die SPD eine Fraktionsgröße von 115 bis 130 Abgeordnete erreicht, weil viele wiederantretende KandidatInnen keine sehr guten Listenplätze erhalten haben. Die SPD hat ihre FachpolitikerInnen oft auf der Liste nur schlecht abgesichert.

Mehrheiten im neuen Bundestag – aktuell nur zu Dritt möglich

Angesichts der bekannten Umfrageergebnisse kann die Sitzverteilung wenig überraschen. Trotz eines Verlustes von 34 Sitzen bleiben CDU (170) und CSU (42) mit 212 Sitzen stärkste Fraktion. Dahinter landen Bündnis90 | Die Grünen und die SPD mit je 156 Sitzen gleichauf. Für die Grünen ist das ein Zugewinn von 89 Sitze hinzugewinnen können. Die SPD kann trotz Verlusten 3 Sitze hinzugewinnen. Auch die FDP kann mit 21 zusätzlichen Mandaten einen Zugewinn auf 101 Sitzen aufweisen. Verlierer hingegen sind die Linkspartei mit nur noch 58 Mandaten (11 weniger als zuvor) und die AfD mit 86 Sitzen (8 Abgeordnete weniger).

Erstmals seit Monaten verfehlt eine schwarzgrüne Koalition (368 Mandate) deutlich die Mehrheit um 17 Sitze. Im Übrigen stünde eine knappe Mehrheit für schwarzgrün vermutlich vor einer großen Herausforderung. Denn legt die Union entsprechend zu, ziehen verstärkt auch rechtskonservative Abgeordnete wie Hans-Georg Maaßen oder Sylvia Pantel ein, die erklärtermaßen eine Koalition mit den Grünen verhindern wollen. Schwarzgrün bräuchte also eine deutliche Mehrheit. Die Koalitionsentscheidung in Sachsen-Anhalt zeigte ja bereits, dass in der Union knappe Mehrheiten nicht mehr ausreichend für stabile Koalitionen sein könnten. Ob die FDP im Bund Schwarzgrün als Stabilisator zur Verfügung stehen will, darf sicherlich bezweifelt werden. Dasselbe gilt für die Fortsetzung der aktuellen Regierungskonstellation. Viele neue junge, linke SPD-Abgeordneten würden einer solchen Konstellation die Unterstützung versagen. Allerdings verfehlen Union und SPD aktuell die Mehrheit mit ebenfalls 368 Sitzen ebenso deutlich wie schwarzgrün.

Anders sehen aktuell die Dreierkoalitionen aus: Die Johannisbeeren-Koalition (auch als „Deutschland-Koalition“ bezeichnet) aus Union, FDP und SPD verfügt über eine große Mehrheit (469 Mandate). Auf die gleiche Mehrheit kommt Jamaika aus Union, Grünen und FDP (469 Mandate). Während wir in den letzten Wochen keine Mehrheit mehr für eine Ampelkoalition aus Grünen, SPD und FDP sahen, weisen die jüngsten Umfragen eine Mehrheit hierfür auf. Mit 413 Mandaten ist diese Mehrheit sogar mit 28 Sitzen Mehrheit recht deutlich. Die drei Überhangmandate der Union bekommen bei einer so deutlichen Mehrheit keine relevante Bedeutung.

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse und der jeweils parteiinternen Debatten prognostizieren wir mit einer Wahrscheinlichkeit von 50% eine Regierung Laschet in einer Jamaika-Koalition, 35 % Wahrscheinlichkeit für Ampelkoalition unter Olaf Scholz, 10% für die Johannisbeeren-Koalition und eine Restwahrscheinlichkeit von 5% für das schwarzgrüne Bündnis.

Entscheidung des Bundeswahlleiters

Die am 5. August vom Bundeswahlleiter getroffenen Entscheidung, die Landesliste der Grünen im Saarland nicht zur Wahl zuzulassen, hat in unserer Prognose gravierende Auswirkungen. Die fehlenden Stimmen aus dem Saarland bringen die SPD denkbar knapp vor die Grünen. Das Ergebnis ist eindeutig: Ohne saarländische Liste verlieren die Grünen ein Mandat und die SPD gewinnt eines, andernfalls könnten die Grünen noch vorne liegen. (Zu beachten: Da in den Umfragen-Index viele verschiedene Ergebnisse der letzten Tage einfließen, sind nicht allein die medial viel beachteten Werte der SPD auf Augenhöhe mit der Union die Ausgangslage. Zum Zeitpunkt der Projektion lagen



die Grünen noch 0,2% vor der SPD - allerdings gehen diese Zahlen davon aus, dass die Stimmen im Saarland an die Grünen verteilt werden können.)

Direkt oder Liste – wer kommt rein, wer nicht

In den neugewählten Bundestag werden neben den 299 direkt gewählten Abgeordneten 470 über die Landeslisten gewählte Abgeordnete einziehen. Bemerkenswert ist, dass die CDU/CSU Fraktion aus 206 direkt gewählten Abgeordneten und nur sechs Landeslistenvertretern bestehen wird. Diese sechs kommen aus den drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg sowie aus Niedersachsen. Damit wird der künftige Fraktionsvorsitzende der Union der Chef einer großen Gruppe von Solisten werden. Bekanntlich werden Direktgewählte von einem sehr eigenen Selbstbewusstsein getragen. Einer wird diese schwierige Aufgabe allerdings nicht meistern müssen: Armin Laschet hat aktuell schlechte Chancen, in den Deutschen Bundestag einzuziehen, er verfehlt die Wahl zum Abgeordneten. Variantenrechnungen zeigen, dass seine Chancen in den Bundestag zu kommen steigen, wenn die CDU in NRW weiter Boden gegenüber der SPD verliert. Momentan gilt aber: Einen Oppositionsführer Armin Laschet kann es nicht geben. Entweder er bleibt als Ministerpräsident in Düsseldorf oder er wird zum Bundeskanzler gewählt. Anders als viele Landesverfassungen es vorsehen, muss laut Grundgesetz der Bundeskanzler nicht dem Bundestag angehören. Schafft Armin Laschet dies, wird er nach Kurt-Georg Kiesinger der zweite Bundeskanzler in der Geschichte sein, der nicht im Bundestag sitzt und sich selbst wählen kann. Die beiden anderen KanzlerInnen-KandidatInnen werden hingegen sicher in den Deutschen Bundestag kommen: Olaf Scholz direkt gewählt in Potsdam. Anna-Lena Baerbock als Spitzenkandidatin der Grünen in Brandenburg.

Betrachtet man die weiteren Direktwahlkreise, so wird die SPD trotz einer geringeren Zahl an Stimmen, mehr Direktwahlkreise gewinnen. Mit 62 gewonnen Wahlkreisen erringt die SPD fast dreimal so viele Mandate wie die Grünen (23) direkt. Dies liegt vor allem daran, dass die Zahl der grünen Hochburgen in den Innenstädten und Universitätsstädten immer noch deutlich geringer als die der SPD ist. Mit Linkspartei (vier) und AfD (vier) gewinnen noch zwei weitere Parteien Wahlkreise direkt. Die AfD erreicht ihre Direktmandate in Sachsen (drei) und Thüringen, während die Linkspartei dreimal in Berlin und einmal in Leipzig erfolgreich ist. Die FDP geht als einzige Partei des neuen Bundestags leer aus.

Wie ausgeführt sind ca. 50 Wahlkreise sehr umkämpft – hier variieren die aktuellen Prognosen. Dies sind die Wahlkreise, in denen sich die Verschiebungen in den Umfragen der letzten Tage besonders deutlich bemerkbar machen: Die SPD schafft inzwischen in 12 der 24 Duelle mit der Union den Sieg davon zu tragen. Ein Duell mit der AfD gewinnt die SPD ebenso. Im direkten Vergleich mit den Grünen kann die SPD aktuell fünf von sieben Duellen gewinnen. Die Christdemokraten dagegen verlieren vier der sechs Duellen mit den Grünen. Die sechs Duellen mit der AfD enden für die CDU unentschieden (3:3). Die CSU kann zwei der drei Duellen mit den Grünen gewinnen.

Bei der Prognose der Wahlkreisergebnisse sind einige Sondereffekte zu beobachten, die wir aktuell nur abgeschwächt berücksichtigt haben, die sich im Verlauf der weiteren Kampagnen aber massiver auswirken können: In Wahlkreisen CDU-KandidatInnen, die der Werteunion nahestehen, gibt es offenbar Kampagnen gegen diese Kandidaturen. Dies trifft insbesondere das Rennen zwischen Hans-Georg Maaßen und Frank Ullrich in Südthüringen und das zwischen Sylvia Pantel und Andreas Rimkus in Düsseldorf. Wir sehen seit einigen Tagen Frank Ullrich vor Hans-Georg Maaßen. Zuletzt ist auch Campact in beide Auseinandersetzungen eingestiegen. Einen weiteren Sondereffekt erwarten wir im Saarland, wo die chaotischen Umstände um die Landeslisten von Linkspartei und Grünen beiden Parteien deutlich schaden werden – davon kann insbesondere die SPD profitieren. Wir



prognostizieren daher, dass Heiko Maas seinen Wahlkreis direkt gewinnen kann – allerdings haben wir dabei noch keine Annahmen zugrunde gelegt, wie sich die Ereignisse in Afghanistan auf seine persönlichen Werte auswirken. In einigen Wahlkreisen setzen KandidatInnen, die keine Absicherung auf Landeslisten haben, auf massive Splitting-Kampagnen. Solche Kampagnen können gerade in urbanen Wahlkreisen große Effekte haben und zu deutlichen Abweichungen vom erwarteten Ergebnis führen. Hier fallen insbesondere drei Berliner Wahlkreise auf: Spandau mit Joe Chialo (CDU, ohne Listenplatz) gegen Helmut Kleebank (SPD, ohne Listenplatz), Pankow (Klaus Mindrup (SPD, ohne Listenplatz) gegen Stefan Gelbhaar (Grüne) sowie in Marzahn-Hellersdorf Mario Czaja (CDU, ohne Listenplatz) gegen Petra Pau (Linkspartei). Wir werden dies weiter beobachten.

Wer nicht (wieder) in den Bundestag einziehen wird.

Angesichts der Tatsache, dass die komplizierte Berechnungsmethode für die Ermittlung der Landeslistensitze und gewisser Unsicherheiten bei der Prognose der Erststimmen im Einzelnen zu Verschiebungen unter den Gewählten und Nichtgewählten führen kann, haben wir in unserer Analyse weitere rund 75 KandidatInnen ermittelt, die in den kommenden Wochen immer noch gute Chancen haben, in den Deutschen Bundestag einzuziehen.

Insgesamt muss man allerdings sagen, dass die Umfrageergebnisse der letzten Tage und das damit zusammenhängende Ergebnis eines nochmaligen Anwachsens des Bundestags auf 769 Abgeordnete die Zahl der prominenteren Kandidatinnen und Kandidaten, die nicht ins Parlament kommen werden, in den meisten Parteien minimiert: Dies sind u. a. Tobias Pflüger (Linkspartei, Baden-Württemberg), Lencke Wischhusen (FDP, Bremen), Henning Krumrey (FDP, Berlin) und Manuel Sarrazin (Grüne, Hamburg). Jürgen Coße, Elvan Korkmaz-Emre, Michaela Engelmeier und Burkhard Blienert sind (ehemalige) MdB der NRW SPD, die den Einzug in den Bundestag verfehlen.

Gerade bei der SPD profitieren viele Abgeordnete vom Mega-Bundestag und kehren zurück: Martin Rabanus (Hessen) und Elisabeth Kaiser (Thüringen), die ansonsten die Leidtragende eines Mandatsgewinns von Frank Ullrich wäre. Auch der Zugewinn der SPD in den letzten Wochen hilft einigen Abgeordneten: Mathias Stein (SPD) gewinnt nun knapp in Kiel, ebenso Helge Lindh in seinem Wahlkreis.

Die Namensliste der Union liest sich noch prominenter. Im Kern gilt hier der Grundsatz, wer seinen Wahlkreis in einem Flächenland nicht gewinnt, kommt nicht in den Bundestag: Philipp Amthor (CDU, Mecklenburg-Vorpommern), Rüdiger Kruse und Christoph de Vries (CDU, Hamburg), Tilman Kuban (CDU, Niedersachsen), Saskia Ludwig (CDU, Brandenburg), Claudia Pechstein (CDU, Berlin) ziehen nicht in den Bundestag ein. Mit Armin Laschet und Serap Güler fallen in NRW gleich beide Spitzenkandidaturen der CDU raus. Annette Widmann-Mauz und Stefan Kaufmann verlieren ihre Wahlkreise in Baden-Württemberg jeweils knapp an die grünen Gegenkandidaten Christian Kühn und Cem Özdemir. Peter Altmaier kehrt nicht in den Bundestag zurück, weil er seinen Wahlkreis im Saarland ebenso knapp an seinen Ministerkollegen Heiko Maas abgibt.